

Niederschrift

über die 24. Sitzung des

Verwaltungs- und Personalausschusses als Feriensenat der Landeshauptstadt München

vom 12. August 2015

(öffentlich)

Vorsitz

BM Schmid

Referentin

Bfm. StRin Meier

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Grimm, Kuffer, Offman, Th. Schmid, Seidl, Stadler

SPD:

Amlong, Hübner, Röver, Rupp, Zurek

Bündnis 90/Die Grünen/RL:

Demirel, Dietrich, Krause

Freiheitsrechte, Transparenz und

Bürgerbeteiligung:

Ranft

Bürgerliche Mitte - FW/BP:

Progl

Ausschussgemeinschaft DIE LINKE./ÖDP:

ferner

Bfm. StR Dr. Böhle, StDir Biebl, Herr Grodeke,
Ltd. VDirin Charlier, Herr Bieling, StDir Langer,
Herr Stummvoll sowie weitere Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter der Verwaltung

Protokoll

Zürner

Inhaltsverzeichnis

Außerhalb der Tagesordnung

Markierung von Radfahrstreifen..... 3

Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen/Flüchtlingen

in kommunaler Zuständigkeit..... 5

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:03 Uhr
Vorsitz: BM Schmid
Referentin: Bfm. StRin Meier

Außerhalb der Tagesordnung

Markierung von Radfahrstreifen

BM Schmid informiert, dass sich der interfraktionelle Arbeitskreis Verwaltungsoptimierung aus aktuellem Anlass in seiner letzten Sitzung mit dem Thema Kompetenzverteilung zwischen Bezirksausschüssen und Stadtrat befasst habe. Man sei übereingekommen, dass die Verwaltung dieses Thema bis zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises am 18.11.2015 aufbereite. Nachdem sich der Arbeitskreis mit diesem Thema beschäftigt habe, sei eine Befassung des Stadtrates in einer Vollversammlung vorgesehen.

Der Bürgermeister berichtet von einem Ortstermin an der Landsberger Straße auf Höhe der Augustiner Brauerei, die bei diesem Termin durch Herrn Prof. Dr. Kurzak vertreten gewesen sei. Bei diesem Termin habe sich Folgendes ergeben: Die Baustelle, die zum großen Teil für die Verkehrsprobleme verantwortlich sei, werde noch in dieser Woche aufgelöst. Auf der gesamten Länge der Landsberger Straße würden weiterhin zwei Fahrspuren vorhanden sein. An der Kreuzung Landsberger Straße/Grasserstraße würden auf der überbreiten Geradeauspur die beiden Pfeile durch einen Pfeil ersetzt. Die vorhandene Linksabbiegespur sei verlängert worden, was zur Stauvermeidung beitrage. Sowohl vom KVR als auch von Herrn Prof. Dr. Kurzak sei bestätigt worden, dass der Durchfluss der Landsberger Straße unverändert bleibe.

Bis zum Jahr 2016 bleibe jedoch noch das Problem bestehen, dass täglich ca. 90 Lkw an der Kreuzung Landsberger Straße/Grasserstraße wenden müssten, um stadtauswärts zu fahren, da sie an der Ausfahrt der Augustiner Brauerei die Trambahn-Gleise nicht queren könnten. Um für das Wenden weit genug ausholen zu können, müsse der Wendevorgang von der Geradeauspur eingeleitet werden. Dadurch werde regelmäßig der Verkehr stadteinwärts auf der Landsberger Straße blockiert.

Das Baureferat gehe davon aus, dass bis zum Sommer 2016 das Verfahren zur Errichtung einer Querung der Trambahn-Gleise abgeschlossen sein werde. Ein entsprechender Antrag sei bereits bei der Regierung von Oberbayern (ROB) gestellt. Um bis dahin die Situation zu verbessern, werde derzeit im Einvernehmen mit dem BA geprüft, ob für zehn dieser 90 täglichen Fahrten das Nachfahrverbot aufgehoben werden könne. Es sei vorgesehen, bei den ohnehin im Sommer 2016 anstehenden Arbeiten an den Trambahn-Gleisen auch diese Querung zu errichten.

StRin Demirel nimmt Bezug auf einen Antrag zur dringlichen Behandlung der CSU vom 05.08.15. Dieser fordere ihrer Ansicht nach eine Behandlung zu den grundsätzlichen Entscheidungskompetenzen und keine Detailinformationen zu abgeschlossenen Projekten. Deshalb könne sie den Vortrag von Bürgermeister Schmid nicht nachvollziehen.

BM Schmid stellt klar, dass sich Ziffer 2 des genannten Antrags zur dringlichen Behandlung mit bereits abgeschlossenen Maßnahmen an mehreren Straßen auseinandersetze. In Anbetracht der aktuellen Berichterstattung halte er es für angebracht, wenn die Verwaltung kurz dazu Auskunft erteile. Dies entspreche einer langjährigen Praxis. Bis der Stadtrat sich grundsätzlich mit den Entscheidungskompetenzen auseinandergesetzt habe, werde das Baureferat bevorstehende Maßnahmen aussetzen.

Herr Bieling erläutert, die Maßnahme an der Grünwalder Straße sei lediglich temporär und hänge mit der Gleissanierung der MVG in der Grünwalder Straße zusammen. Diese Maßnahme sei zur Verkehrssteuerung notwendig gewesen und werde noch in dieser Woche entfernt.

Die Maßnahme in der Gabelsberger Straße sei vom BA nach einer Bürgerversammlungsempfehlung beschlossen worden. Letztendlich habe man diesen Verkehrsraum, der durch eine unregelmäßige überbreite Fahrbahn gekennzeichnet gewesen sei, aus Verkehrssicherheitsgründen sortiert. Es habe keine Umverteilung stattgefunden. Aufgrund der Sperrung des Königsplatzes und einer Baustelle in der Schleißheimer Straße sei es im Juli zu vermehrtem Verkehr auf der Gabelsberger Straße gekommen. Er sei sich sicher, dass die normal übliche Verkehrsmenge in der Gabelsberger Straße abgewickelt werden könne. Die Verkehrssteuerung der Ampelanlagen werde ggf. noch optimiert.

Auf Anregung von StRin Zurek sichert BM Schmid zu, dass man bei der ROB rechtzeitig nachfasse, damit keine Verzögerungen im Verfahren zum Bau der Querung der Trambahn-Gleise in der Landsberger Straße einträten.

Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen/Flüchtlingen in kommunaler Zuständigkeit

7. Standortbeschluss

Aktensammlung Seite 487

Bfm. StRin Meier macht auf die aktuellen Zugangszahlen aufmerksam, die sich von 150 wöchentlich bis zum 20.07.2015 auf 225 wöchentlich erhöht hätten. Dadurch ergebe sich bis zum Jahresende eine im Vergleich zur letzten Prognose erhöhte Aufnahme von 1.600 auf insgesamt 14.000 Flüchtlinge. Man gehe davon aus, dass die ROB Ende August die Zuweisung nochmals erhöhen werde.

Um die fehlenden Plätze zu schaffen, starte man Ende August ein sog. Übergangsprogramm mit Übergangsobjekten und Hallen in Leichtbauweise bis in den nachfolgenden Quartalen die Unterkünfte in Ständer- und Containerbauweise fertiggestellt seien. Ihr Referat gehe davon aus, dass die Leichtbauhalle mindestens zwölf Monate benötigt würden. Teilweise entgegen der Ausführungen in der Beschlussvorlage schlage man dem Stadtrat an den Standorten mit Leichtbauhallen Kapazitäten von 280 Plätzen vor, die sich jeweils auf 2 Hallen mit jeweils 140 Plätzen aufteilen. Zwischen den Hallen würden das Catering und jeweils daneben die Sanitäreanlagen errichtet.

Die Kronstadter Straße sei noch mit 100 Plätzen angegeben, da noch nicht sicher sei, ob die Stadt die verpachtete Fläche vom Landwirt zurückerhalte. Wenn es gelinge, sei auch dort eine Kapazität von 280 möglich.

Ein Ortstermin an der Karlstraße habe ergeben, dass insgesamt eine Belegung mit 800 Plätzen als möglich erscheine und auch wirtschaftlich sinnvoll sei. In der Vorlage werde von 500 ausgegangen, da noch die Rückmeldung bezüglich des Brandschutzes gefehlt habe. Die zusätzlichen 300 Plätze könnten vom Stadtrat im nächsten Standortbeschluss beschlossen werden.

Die Referentin weist darauf hin, dass die Ziffern 12 und 13 ihres Antrags neu formuliert worden seien. Zu Ziffer 12: Um die zusätzlichen Aufgaben, die sich aus den vielen Übergangsunterkünften ergäben, meistern zu können, kaufe man externe Dienstleistungen hinzu. Ein Teil der kalkulierten Personalkosten werde somit in externe Dienstleistungen umgewandelt. Die Verantwortung und die Hoheit über die Einrichtung verblieben nach wie vor bei der Stadt München.

Zu Ziffer 13: Sollte in drei Jahren mit abnehmenden Flüchtlingszahlen zu rechnen sein, werde man dem Stadtrat darstellen, wie mit den zugeschalteten Stellen umgegangen werde. In den nächsten Sitzungen des Feriensenats bzw. der Vollversammlung würden dem Stadtrat weitere Standortbeschlüsse vorgelegt.

BM Schmid betont mehrfach, dass bei dieser Debatte ein ruhiger und sachlicher Ton sehr wichtig sei. Jeder sollte sehr genau auf seine Wortwahl achten. Die Ausdrücke „massenhafter Asylmissbrauch“ und „nicht jeder sei willkommen“ seien nicht geeignet, um in diesem Sinne zu diskutieren. Seiner Ansicht nach müsse es möglich sein, über das Thema Flüchtlinge ohne Tabus zu debattieren. Wöchentlich würden im Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) Rekordzahlen zu den ankommenden Flüchtlingen bekanntgegeben. Die Zusammenarbeit erfolge im SAE mit der ROB sehr sachlich.

Beim vorliegenden 7. Standortbeschluss würden die Grenzen der Aufnahmefähigkeit Münchens deutlich. Das Zuschalten von 70 Stellen könne sich zwar eine reiche Stadt wie München leisten. Es werde jedoch nun mit der Unterbringung von Flüchtlingen in Hallen in Leichtbauweise eine weitere Stufe überschritten. Angesichts der Ankündigung der Referentin zu weiteren Standortbeschlüssen sei zu befürchten, dass der Stadtrat irgendwann über eine Unterbringung in Traglufthalen, Zelten oder Turnhallen entscheiden müsse.

Bürgermeister Schmid macht auf den Mangel an Flächen und Wohnraum in München aufmerksam. Bis zum Jahr 2030 sei mit einem Zuzug nach München von ca. 230.000 Personen zu rechnen. Die Stadt unternehme große Anstrengungen, um mehr Wohnungen zu bauen. Vor diesem Hintergrund halte er es für angemessen, ohne ideologische Scheuklappen über Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Der Sprecher lobt die große Hilfsbereitschaft der Münchner Bevölkerung und die umfangreichen Anstrengungen der Verwaltung. Es sei wichtig, die gute Stimmung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Er halte es für notwendig, über ein Bündel von Maßnahmen zu diskutieren, die auf anderen Ebenen entschieden würden: Es sollte weiter darauf gedrängt werden, die Ressourcen beim Bundesrat für Migration und Flüchtlinge auszuweiten. Aus seiner Sicht sei eine sichere Drittstaatenregelung für die Länder Albanien, Montenegro und Kosovo erforderlich. Die Anerkennungsquote gehe bei Flüchtlingen aus diesen Ländern gegen Null. Zudem sollte über die Verteilungsschlüssel in Europa, Deutschland und Bayern diskutiert werden. Bürgermeister Schmid stellt klar, dass damit nicht

gemeint sei, dass Flüchtlinge nicht nach München kommen sollten. Aufgrund des knappen Wohnraums in München müsse die Frage erlaubt sein, wieso nicht anderswo in Deutschland die freistehenden Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen genützt würden. Er habe auch Verständnis für Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kämen.

Er stimme Oberbürgermeister Dr. Maly zu, dass man keine Nutzungskonflikte zulassen dürfe. Dadurch würde sich die Stimmung in der Bevölkerung verändern. Er halte es für notwendig, dass sich die Stadt München dieser Debatte stelle.

StRin Demirel stimmt Bürgermeister Schmid zu, dass man pragmatisch und mit einer gewissen Ruhe dieses Thema diskutieren solle. Im Anschluss habe er jedoch eher eine ideologische Rede gehalten, obwohl er andere dazu aufgefordert habe, ihre ideologischen Positionen zu verlassen. Kein anderes politisches Thema werde in den letzten Monaten derart enttabuisiert diskutiert wie die Flüchtlingspolitik. Das halte sie nicht für richtig.

In den letzten Tagen sei von Bürgermeister Schmid und vom Fraktionsvorsitzenden der SPD immer wieder die Botschaft von „guten und schlechten Flüchtlingen“ in München vermittelt worden. Es sei unverantwortlich, wenn Politiker als Privatperson solche Meinungen kundtäten, da diese Meinungen eine öffentliche Wirkung hätten. Man sollte bei den Diskussionen die tatsächliche Relation nicht außer Acht lassen. München habe bei ca. 1,5 Mio. Einwohnern bis zum Ende des Jahres ca. 15.000 Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Sprecherin macht deutlich, sie sei darüber verärgert, dass die Bayerische Staatsregierung es in den letzten Jahren versäumt habe, die notwendigen Strukturen aufzubauen. In den 90er Jahren seien viele Gemeinschaftsunterkünfte geschlossen worden, da man fälschlicherweise davon ausgegangen sei, dass das Dublin-II-Verfahren für geografische Sicherheit Sorge. Der Freistaat Bayern habe in München noch keine dauerhafte Erstaufnahmeeinrichtung geschaffen. Bei der Erstaufnahme in der Bayernkaserne handle es sich um ein Provisorium, das Ende 2016 beendet werde.

Sie plädiere dafür, auf die Sachebene zurückzukehren und nicht aus der Ferne zu entscheiden, wer berechnigte Gründe für eine Flucht nach Deutschland habe. Diese Entscheidungen würden von der Justiz getroffen. Sie spreche sich dafür aus, den Schulterschluss zwischen den demokratischen Parteien im Rathaus wieder zu erreichen und auf populistische Aussagen zu verzichten.

StRin Zurek schließt an die Ausführungen von Stadträtin Demirel an und kritisiert, dass kein Beschluss zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen möglich sei, ohne eine globale politische Debatte über Asyl zu führen. Sie halte die Diskussion über sichere Drittstaaten etc. für fehl am Platz. Der Münchner Stadtrat sollte sich auf seine Aufgabe, die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen unabhängig von ihrer Herkunft, konzentrieren. Der Deutsche Städtetag beschäftige sich seit langem mit diesem Thema und habe parteiübergreifend eine Resolution einstimmig beschlossen. Es sei zudem Aufgabe des Stadtrats, der Bürgerschaft die Gründe für die Standortentscheidungen zu erläutern.

Sie habe den Eindruck, dass gewisse Probleme herbeigeredet würden. Schließlich gebe es keine Konflikte in den Unterkünften. Die Münchner Bürgerschaft zeige eine große Bereitschaft, mit den Flüchtlingen zu arbeiten. Sie wünsche sich eine vorsichtigeren Sprachwahl. Der Ausdruck Wirtschaftsflüchtling sollte nicht verwendet werden, da dieser Begriff allein bereits Menschen diskreditiere.

StR Kuffer stimmt Stadträtin Demirel zu, dass einige Personen unter dem Deckmantel einer sachlichen Debatte unsachliche oder radikale Parolen äußerten. Von diesen Personen müssten jedoch die Demokraten unterschieden werden, die gemeinsam ein Problem lösen wollten und lediglich unterschiedliche Vorstellungen hätten. Dementsprechend müsse fair mit der Meinung anderer Demokraten umgegangen werden.

Der Sprecher schildert Vorkommnisse aus Bezirksausschüssen, bei denen in Bezug auf Unterkünfte für Flüchtlinge sachlich um eine Sondersitzung gebeten oder ein Ersatzstandort vorgeschlagen worden seien. Als Reaktion hätten die betroffenen BA-Mitglieder nicht nachvollziehbare Aussagen wie „unverantwortliche Stimmungsmache“ oder „unchristliches Verhalten“ vorgeworfen bekommen.

Die Begriffe „gute oder schlechte Flüchtlinge“ habe außer Stadträtin Demirel kein Politiker ausgesprochen. Aus seiner Sicht schädeten solche Aussagen diese Debatte. Die CSU setze sich dafür ein, die örtlichen Gremien und die Bürgerschaft vor Ort bei der Entscheidungsfindung noch stärker einzubeziehen. Dieser Schritt trage entscheidend dazu bei, das vorbildliche bürgerschaftliche Engagement zu sichern.

Stadtrat Kuffer macht deutlich, dass Ehrlichkeit gegenüber der Bürgerschaft und den Flüchtlingen wichtig sei. Für ihn sei fraglich, ob es fair sei, alle Flüchtlinge aus den Balkangebieten willkommen zu heißen, wenn 98 % dieser Personen letztlich Deutschland wieder verlassen müssten. Die freien

städtischen und staatlichen Flächen seien begrenzt und gingen langsam zur Neige. Deshalb würden Nutzungskonflikte nicht ausbleiben. Diskussionsbeiträge von Demokraten, die sich an der Problemlösung beteiligten, dürften nicht tabuisiert werden.

StR Offman stellt klar, dass in Deutschland aufgrund einer klaren gesetzlichen Regelung jeder Asylantrag unabhängig von den Gründen und der Herkunft des Antragstellers geprüft werde. Stadtrat und Verwaltung der Stadt München bemühten sich mit allen Kräften, die Asylbewerber menschenwürdig unterzubringen. Eine Direktzuweisung von 225 Asylbewerbern wöchentlich bedeute, dass jede Woche eine neue Unterkunft benötigt werde. Diese große Aufgabe zu schultern, sollte ein gemeinsames Interesse des Stadtrats sein.

Man habe keinen Einfluss auf eine künftige Regelung der Quoten. Die Aufgabe der Stadt München sei, für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen und die Bevölkerung und die Bezirksausschüsse einzubeziehen.

Der Sprecher macht deutlich, dass sich aus seiner Sicht beim Anblick der ankommenden Flüchtlinge am Starnberger Flügelbahnhof Diskussionen über Nebensächlichkeiten und Begrifflichkeiten erübrigten. Er sei stolz darauf, wie die Stadt München mit diesem Thema umgehe.

StRin Zurek erinnert an die Flüchtlingswelle in den 90er Jahren, als in München sogar auf der Theresienwiese Container gestanden seien. Sie lobt die Arbeit der Verwaltung, die durch eine angemessene Unterbringung auf die Vermeidung von Konflikten achte.

Die Sprecherin bittet in Bezug auf Ziffer 13 des Referentinnenantrags den Stadtrat insgesamt über die Entwicklungen zu informieren, da es sich um eine gemeinsame Aufgabe von Bau-, Kommunal- und Sozialreferat handle. Ferner sei sie an der Entwicklung bei staatlichen Flächen und Räumlichkeiten zur Unterbringung interessiert.

BM Schmid stellt klar, dass der Freistaat Bayern u. a. Aufnahmezentren in Deggendorf und Regensburg geschaffen habe. Er stimme zu, dass 15.000 Flüchtlinge in diesem Jahr in Bezug auf 1,5 Mio. Einwohner als nicht viel erschienen. Jedoch sei dieser Vergleich nicht aussagekräftig, da in München der Flächen- und Wohnungsmangel für die Probleme bei der Unterbringung verantwortlich sei. Zudem wolle man keine Unterbringung in Traglufthallen oder Zelten. Bisher seien - auch von den Grünen - noch keine nennenswerten sachlichen Lösungsvorschläge zur Flächen-

und Wohnungsproblematik vorgebracht worden. Sollte auf Bundesebene ein Einwanderungsgesetz beschlossen werden, würden nur noch Entscheidungen aus der Ferne getroffen werden.

Der Sprecher betont, es sei wichtig, die Probleme offen anzusprechen, um weiterhin erfolgreich die Bürgerschaft von Standorten zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen überzeugen zu können.

StRin Hübner appelliert an Bürgermeister Schmid, keine Überforderung der Stadt München zu schildern. Sonst bestehe die Gefahr, dass die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, von der Anzahl der ankommenden Menschen abhängt. Es bestehe jedoch immer ein individuelles Recht auf Asyl. Die Stadt München meistere diese Aufgabe bisher gut. Es lägen keine Zustände wie in Berlin vor.

StRin Demirel nimmt zu den Ausführungen von Bürgermeister Schmid Stellung: Die Grünen hätten in den letzten Jahren viele Anträge gestellt und vergeblich Strukturoptimierungen bei Freistaat und Stadt München eingefordert. Sie sei bereit, in einer interfraktionellen Runde konstruktiv darüber zu diskutieren, wie man nachhaltig die Flüchtlingspolitik der Stadt München verbessere.

Sie stimme Stadträtin Hübner zu, dass eine Darstellung von einer überforderten Stadt München gefährlich sei. Die Politik habe die Aufgabe, die zahlreichen Menschen zu unterstützen, die sich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzen. Das Thema Einwanderungsgesetz diskutierten die Grünen bereits seit 20 Jahren.

BM Schmid macht darauf aufmerksam, dass seit Monaten über eine Lösung zur Unterbringung diskutiert werde. Angesichts des fortdauernden Stabs für außergewöhnliche Ereignisse könne nicht davon gesprochen werden, dass Probleme herbeigeredet würden. Trotz der langen Diskussion sei bisher noch kein herausragender Lösungsvorschlag zur Unterbringung der Flüchtlinge genannt worden. Der Einsatz von Hallen in Leichtbauweise sei für ihn unbefriedigend.

StDir Langer bedankt sich für den Zuspruch des Stadtrats. Seine Mitarbeiter seien an ihren Leistungsgrenzen angelangt. Bei den Hallen in Leichtbauweise handle es sich um eine Aluminiumkonstruktion, die aufgrund der Wärmedämm-Panels wintertauglich sei. Zudem sei es möglich, Fensterelemente einzubauen.

Neben dem Kauf der Leichtbauhallen müssten noch der Boden optimiert, Sanitär- und Verwaltungscontainer bereitgestellt und eine Heizung angemietet werden. Der größte finanzielle Posten entfalle auf die Erschließung der Grundstücke. Bei jeweils 280 Personen pro Standort ergäben sich pro Standort Kosten von ca. 1,7 Mio. €, wovon 530.000 € auf den Ankauf der Leichtbauhallen entfielen. Bei der Kronstädter Straße gebe er zu bedenken, ob es bei einer Veränderung der Grundstückssituation nicht sinnvoll sei, zwei Hallen mit 140 Plätzen aufzustellen, anstatt zu den 100 Plätzen eine Halle mit 180 Plätzen hinzuzufügen.

BM Schmid bittet um die Verwendung der einheitlichen Begrifflichkeit „Leichtbauhallen“. Der Begriff „Zelt“ sei in diesem Zusammenhang irreführend.

Herr Grodeke bedankt sich ebenfalls für die Anerkennung der Arbeit seiner Mitarbeiterschaft. Es sei selbstverständlich, dass in Bezug auf Ziffer 13 des Referentinnenantrags dem Stadtrat auch über das Personal des Kommunalreferats berichtet werde.

Auf dem Gelände an der Kronstädter Straße könne auf einer geteerten Fläche im Moment eine Leichtbauhalle mit 100 Plätzen errichtet werden. Die umliegende Fläche sei an einen Landwirt verpachtet, der darauf ein EU-weites Projekt namens Bienenweide durchführe. Der Landwirt stehe diesem Vorhaben, dort Flüchtlinge unterzubringen, aufgeschlossen gegenüber. Es werde derzeit geprüft, ob das Projekt auf eine andere Fläche verlegt oder die genutzte Fläche eingeschränkt werden könne. Er sei zuversichtlich, dass man zu einer Lösung komme.

Bfm. StRin Meier greift die Anregung von Stadträtin Zurek hinsichtlich Ziffer 13 des Referentinnenantrags auf. Ziffer 13 wird wie folgt geändert:

Dem **Stadtrat** wird in drei Jahren ein Bericht vorgelegt über die Entwicklung der Bedarfe von Stellen für die Unterbringung von Flüchtlingen, die seit 2014 **in allen betroffenen Referaten geschaffen wurden**. [...]

Sie gehe davon aus, dass 280 Plätze pro Standort - sofern möglich - vom Stadtrat akzeptiert seien. Sie stimme Stadträtin Zurek zu, dass die Situation nicht mit den 90er Jahren vergleichbar sei. Heute werde sowohl seitens der ROB als auch seitens der Stadt München bei der Auswahl der Standorte und bei den Diskussionen mit den Bezirksausschüssen eine größere Behutsamkeit an den Tag gelegt. Zudem werde mit einer Hotline, einer wöchentlich aktualisierten Homepage und

regelmäßigen Informationsveranstaltungen zu jeder geplanten Gemeinschaftsunterkunft eine deutlich bessere Informationspolitik betrieben.

Von der Bürgerschaft würden häufig Fragen und Kritik zur Anzahl der Plätze geäußert. Nach entsprechenden Erläuterungen der Verwaltung würden die meisten Bürger diese Veranstaltungen zufrieden verlassen und Verständnis zeigen.

Es sei wichtig, weiterhin Ruhe zu bewahren und Behutsamkeit an den Tag zu legen. Bei Standorten in der Nähe von Wohngebieten müsse sensibel mit den Größen der Einrichtungen umgegangen werden. Standorte wie die Karlstraße, ohne unmittelbare Nachbarschaft, könnten mit mehr Personen belegt werden, jedoch müsse ihr Referat bei solch großen Einrichtungen noch Erfahrungen sammeln. Die Bayernkaserne sei viel weitläufiger und weise mittlerweile eine sehr umfangreiche Infrastruktur auf.

Bei den staatlichen Flächen bestehe noch Luft nach oben. Die meisten Gemeinschaftsunterkünfte seien auf städtischen oder privaten Flächen errichtet worden. Staatliche Flächen stünden bisher an der Emma-Ihrer-Straße und auf dem Gelände der McGraw-Kaserne zur Verfügung. Um die Fürstenrieder Straße (ehemaligen Gehörlosenschule) verhandle man seit ca. 16 Monaten vergebens.

Die Ausführungen zu den Diskussionen in den Bezirksausschüssen von Stadtrat Kuffer seien zutreffend. Die Referentin bekräftigt, dass mit dem Großteil der Bezirksausschüsse jedoch eine sehr konstruktive Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg stattfinde.

In Berlin und Hamburg gehörten Zeltstädte mit bis zu 3.000 Flüchtlingen zur Tagesordnung. Der Münchner Stadtrat könne stolz darauf sein, was er bisher geschafft habe. Im Unterschied zu manchen Zeltkonstruktionen hielten die vorgeschlagenen Hallen in Leichtbauweisen Gewittern und Stürmen stand. Durch den Kauf dieser Hallen sei man flexibler und unabhängiger vom Markt.

Der in Ziffer 13 modifizierte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der Sitzung um 10:35 Uhr -

München, 12. August 2015

Schmid
2. Bürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll